

2. Online-Konferenz

Gemeinsam für Kunst und Kultur

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Veranstaltung!

Die Initiative **Kultur ins Grundgesetz** möchte Ihnen zuallererst herzlich für die engagierte Teilnahme, die außerordentlich substantiellen Beiträge und gedanklichen Ansätze danken. Zusammenfassend lässt sich ein gewisses Resümee ziehen:

Unser Bildungssystem muss dringend auch in der von uns diskutierten Weise einen neuen und nachhaltigen Impuls erhalten, wenn wir die schon jetzt erkennbare defizitäre Lage stoppen und umkehren wollen. Dabei zeigte sich, dass sich die sozialpolitischen Entwicklungen des letzten Jahrzehntes mehr als abträglich auf die kulturelle Bildung und dadurch auch auf die kulturelle Teilhabe ausgewirkt haben. In verschiedenen Modellprojekten, über die **Sabine Völker, Intendantin der Berliner Symphoniker**, berichtete, zeigte sich, dass z.B. in einigen Bereichen des ländlichen Raumes schon die 2. Generation ohne irgendeine Berührung mit Kunst und Kultur aufwächst. Dabei ist das Problem der *fehlenden Mobilität* nur eines von vielen. Als Lösungsansatz böte sich eine andere Herangehensweise an:

- A) müssen die Kulturangebote dem Bürger buchstäblich *nahe* gebracht werden
- B) muss es eine unbedingte *Verzahnung* mit Schulen und Bildungseinrichtungen geben
- C) sind alle Projekte *langfristig* anzulegen

Julia Diebel, Kulturrat Brandenburg, berichtete von dem positiven Vorhaben, dass sich Kulturräte mehrerer Bundesländer vernetzen wollen. Das setzt voraus, dass z.B. auch in Berlin eine solche Position etabliert würde. Dieses Netzwerk von Kulturräten wäre in der Lage, als Ergänzung oder Pendant zur KMK zu agieren. Auch in Auswertung der eigenen Arbeit konnte die Schlussfolgerung gezogen werden, dass kulturelle Teilhabe v. a. über Kinder und Jugendliche erzielt werden muss. Notwendig wäre dazu, dass Kitas, Schulen, aber auch Universitäten mit dieser Zielstellung vernetzt würden. Absolute Grundvoraussetzung ist eine entsprechend verbesserte Ausbildung von Erziehern und Lehrern (z.B. Instrument). Die Trennung von Kultur und Bildung auf ministerieller Ebene zeigt sich auch hier als Hemmschuh.

Insgesamt zieht sich durch diese Problematiken wie ein roter Faden auch das Thema *Finanzierbarkeit*. **Katharina Boll, Regisseurin, Dozentin, Theaterschaffende**, stellte neben der bedenkenswerten Sicht auf Förderpraktiken und Kunstfreiheit das „englische Modell“ vor, das gerade für die kulturelle Arbeit in großen ländlichen Räumen nachahmenswerte Ansätze besitzt, da es ermöglicht, dass bis in das kleinste Dorf eine reichhaltige Kulturarbeit stattfinden könnte. Kunst- und Kulturschaffende erhalten von einer politisch absolut unabhängigen Kulturbehörde ein Grundgehalt. Im Gegenzug müssen sie sich verpflichten, Kulturarbeit vor Ort zu leisten, dabei ist es unerheblich, in welcher Weise das geschieht. Diese Strategie hat Großbritannien ein großes, vielfältiges Kulturangebot beschert, in dem Profi- und Laienkultur viele Menschen einbindet.

Mario Müller, Vorstandsvorsitzender des Verbandes der Freien Musikschulen, wies auf ein weiteres, großes Problem hin. Durch prekäre Arbeitsverhältnisse an den Musikschulen herrscht dort großer *Personalmangel*. Auch kommunale Musikschulen kämen ihrer Verpflichtung diesbezüglich schlecht nach, da ihre finanzielle Grundausstattung mangelhaft sei. Er stellte als mögliche Lösung das

„Schweizer Modell“ vor: wenn Musikschulen versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schaffen, bekommen sie vom Staat jeweils einen Zuschuss von 30% pro Kopf.

Gleichzeitig berichtete auch er von zunehmenden Schwierigkeiten, Kinder und Jugendliche überhaupt noch zu erreichen und führte das unter anderem auf das bekannte Problem des mehr als mangelhaften oder gar nicht stattfindenden Musikunterrichtes an den Schulen zurück. Ein positives Beispiel aus Helsinki zog er heran, um die Verzahnung von Schule, Musikschule und Theater zu beschreiben. So könnte auch Nachwuchsgewinnung neu gedacht werden.

Im Abschlussbericht der **Enquete-Kommission** Kultur in Deutschland aus dem Jahre 2007 wurde gefordert, dass der Staat nicht inhaltlich, sondern wie auch in anderen Bereichen *qualitätssichernd* und *standardsetzend* fungieren müsse. Mario Müller forderte genau das für seinen Bereich.

Dem pflichtete **Chris Berghäuser, Geschäftsführer der Landesmusikakademie Berlin**, bei, welcher mit Recht fragte, wie es zu vereinbaren wäre, dass ein so reiches Land wie dieses nicht die elementaren Dinge geregelt bekäme. Er definierte kulturelle Bildung als gesellschaftliches Erfordernis und forderte, diese von Kindesbeinen an flächendeckend und auf hohem Niveau zu sichern. Das Kita-Gesetz bildete dafür eigentlich die besten Voraussetzungen. Wichtig wäre bei all dem eine völlige Loslösung von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern, um allen Kindern gleichberechtigt dieselben Chancen angedeihen zu lassen.

Tino Eisbrenner, Musiker und ehem. Musiklehrer bemängelte unzureichende Lehrpläne und eine Art Unlust, dass Thema musikalische/ künstlerische Bildung an den Schulen durchzusetzen. Vor dem Hintergrund der Abhängigkeit von zu vielen Unwägbarkeiten erneuerte er nochmals die Forderung, Kultur im Grundgesetz zu verankern, weil nur so dauerhaft Verhältnisse geschaffen werden können jenseits aller Beliebigkeiten.

Ein sehr gutes Gegenbeispiel steuerte **Michael Kunsmann vom FEZ-Berlin** bei. Eine gute, verlässliche finanzielle Ausstattung durch das Land Berlin ermöglicht einen ausreichend großen Personalstamm, der sehr breitgefächert Bildungs- und Freizeitaktivitäten bereitstellen kann, so dass 1 Million Besucher jährlich diese Angebote nutzen können. Dabei gibt es hier Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Projektträgern. Generell wies er aber auch auf das Problem der *mangelnden Vernetzung* hin, die zu unnötigen Konkurrenzsituationen im Kampf um die Fördertöpfe führt und zudem in ihrer Zersplitterung dafür sorgen, dass viele Einzelakteure jeweils nur kleine Summen abschöpfen könnten und daher wie ein Tropfen auf den „heißen Stein“ wirkten.

Das Institut für kulturelle Teilhabe hat in einer Forschungsarbeit vor nicht allzu langer Zeit erarbeitet, dass unabhängig von der eigenen Kunstaffinität dennoch bei 80% der Bevölkerung die klare Einstellung vorherrscht, dass Kunst und Kultur wichtig für das gesellschaftliche Klima sind. Vor dem Hintergrund dieser Tatsache stellt sich deshalb die Frage, warum die Politik dem nur unzureichend gerecht wird. Offenbar fehlt es der Kunst- und Kulturbranche an einer starken Lobby.

David Schliesing, selbst Dramaturg und Politiker, berichtete von einem interessanten Projekt, um Studentinnen und Studenten für das Theater zu begeistern, ebenso über theaterpädagogische Arbeit an den Schulen. Auch er beschrieb das Problem, dass viel zu viel im Hinblick auf Gelingen oder Nichtgelingen von der Einstellung der Theaterschaffenden selbst, aber auch des Lehrpersonals an den Schulen abhinge und somit kulturelle Bildung Beliebigkeitscharakter hätte. Auch hier wurde deutlich, dass sich schon in der Lehramtsausbildung diesbezüglich vieles ändern müsse. David

Schliesing definierte die politische Forderung, dass die Kulturförderung in erster Linie das Zwei-Klassensystem überwinden helfen muss.

In der nachfolgenden Diskussion forderte **Kathrin Schüle**in, **selbst Theaterintendantin**, auch aus der Erfahrung der eigenen Sozialisation die absolute Notwendigkeit, kulturelle Aktivitäten wie Theater- und Konzertbesuche, Theaterprojekte, Bewegungsangebote verbindlich in den Rahmenlehrplänen aller Schulen festzuschreiben, um deren Durchführung nicht vom Willen einzelner Verantwortlicher abhängig zu machen. Nur so könne realisiert werden, dass Kinder und Jugendliche Elemente zur Persönlichkeitsbildung erfahren, aber auch, dass den Kultureinrichtungen und den darin Tätigen das Publikum nicht verloren geht.

Claudia Opitz

für **Initiative Kultur ins Grundgesetz**